

# Aktuelle Trends in der E-Demokratie

*Günther Schefbeck*

*Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
A-1017 Wien*

**Schlagnworte:** Politik, Demokratie, Parlament, Neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Internet, E-Democracy

**Abstract:** Sehen wir das Parlament als institutionelles Herzstück des politischen Systems der repräsentativen Demokratie an, dann zieht im Kontext der Beschäftigung mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich der „elektronischen Demokratie“ die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch Parlamente besondere Aufmerksamkeit auf sich. Anhand der Ergebnisse einer im Oktober 2000 unternommenen Umfrage unter den europäischen Parlamenten wird der aktuelle Stand und Standard der Nutzung insbesondere des Internet durch Parlamente dargestellt und werden die abzusehenden Entwicklungsperspektiven in diesem Bereich analysiert.

## 1. Einleitung: Politische Kommunikation und Parlamente in der „elektronischen Demokratie“

Nachdem der Verfasser im Rahmen der dritten Salzburger Rechtsinformatikgespräche 2000 einen allgemeinen Überblick über das Thema „Elektronische Demokratie“ zu geben versucht hat<sup>1</sup>, ist er im Rahmen der vierten Salzburger Rechtsinformatikgespräche 2001 auf ausgewählte Schwerpunkte der Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im politischen System der repräsentativen Demokratie zu fokussieren bemüht gewesen, um deren Entwicklungstendenzen nachzeichnen zu können. Hier muss aus Platzgründen die Darstellung auf einen Schwerpunkt beschränkt bleiben: Ausgehend von dem Grundgedanken, dass als Wesensmerkmal der repräsentativen Demokratie die Übertragung der Aufgabe der Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens an die im Kollegialorgan Parlament vereinigten Repräsentanten der Normunterworfenen anzusehen ist<sup>2</sup>, soll die Nutzung der neuen Informations-

---

<sup>1</sup> *Schefbeck*, Elektronische Demokratie, in: *Schweighofer/Menzel* (Hg.), E-Commerce und E-Government (2000), 89 ff.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. *Kelsen*, Vom Wesen und Wert der Demokratie (1929), 28.

und Kommunikationstechnologien, insbesondere des Internet, durch die Parlamente untersucht werden.

Binnen weniger Jahre ist unsere Gegenwart im öffentlichen Diskurs zum „Multimedia-Zeitalter“ oder zur „Internet-Ära“ geworden, um nur zwei der häufig verwendeten, insgesamt in ihrem Aussagegehalt weitgehend synonymen, die zunehmende Prägung unserer Kommunikationsstrukturen durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien meinenden Schlagwörter wiederzugeben. Wir erleben eine technologische Revolution mit, deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft allenthalben beobachtbar, aber in ihren finalen Konsequenzen angesichts der zunehmenden Entwicklungsdynamik keineswegs abschätzbar sind. Dass diese Entwicklung auch Auswirkungen auf das politische System als ein zentrales Subsystem unseres sozialen Systems haben muss, wird allgemein anerkannt und vielfach mit großen Hoffnungen verknüpft: So hat eine Umfrage unter 436 Mitgliedern von Legislativkörperschaften aus 14 europäischen Staaten ergeben, dass 74,2 Prozent der Befragten sich von den neuen Informationstechnologien eine Beförderung der Demokratie erwarten; lediglich 15 Prozent haben nicht diese Erwartung, 10,7 Prozent haben dazu keine Meinung<sup>3</sup>.

Worin die Hoffnungen, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Verbesserung oder gar Erneuerung des Systems der demokratischen Willensbildung führen würden, konkret bestehen, hängt allerdings wiederum ganz von der jeweiligen ideologischen Ausgangsposition ab; die Spannweite der möglichen Standpunkte reicht von verbesserter Information der Normunterworfenen zum Verlauf und zu den Ergebnissen der parlamentarischen Normsetzungsprozesse über die vermehrte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse bis zu einer Aufhebung der Differenz von Normunterworfenen und Normerzeugern zugunsten eines Rückfalls der unmittelbaren Normsetzungsbefugnisse an die Normunterworfenen. Im Ausmaß dieser Spannweite unterscheiden sich die an die Nutzbarmachung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die demokratische Willensbildung gerichteten Erwartungen somit nicht von jenen, die mit anderen Aspekten der Nutzung dieser Technologien im gesamtgesellschaftlichen Kontext verbunden werden; beispielshalber sei hier nur das weite Spektrum der Warnungen vor möglichen Auswirkungen der Nutzung dieser Technologien erinnert, die von der Angst vor dem vollelektronischen Überwachungsstaat, der das elektronisch unterstützte Leben seiner Bürgerinnen

---

<sup>3</sup> *Caldow, The Virtual Ballot Box (1999), 16.*

und Bürger umfassend zu dokumentieren und auszuwerten vermag, einerseits bis zur Befürchtung vollelektronischer Anarchie durch Verunmöglichung von Rechtsdurchsetzung in den Weiten des Internet andererseits reichen.

Für das System der staatlichen Willensbildung also erstrecken sich die Optionen eines Einsatzes der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien von der Information über den Diskurs bis zur Entscheidung. Wollen wir mit *Manfred Hättich* das politische System oder das System der staatlichen Willensbildung noch weiter differenzieren und in das System der politischen Willensbildung im engeren Sinn – dem die Funktion zukommt, durch Kommunikation die politischen Entscheidungen vorzubereiten – einerseits und das System der politischen Herrschaft – dessen Funktion die allgemeinverbindlichen Gestaltungs- und Vollzugsentscheidungen darstellen – aufgliedern<sup>4</sup>, dann richtet sich der Fokus der politischen Willensbildung auf Information und Diskurs, also auf Einweg- und Zwei- oder Mehrwegkommunikation zu den Gegenständen der politischen Willensbildung. Verstehen wir die Kommunikationsfunktion des Parlaments als dessen Kernfunktion im System der politischen Willensbildung und die Transparenz des parlamentarischen Verfahrens als die Funktion „der demokratienotwendigen Interdependenz der (relativ) autonomen Bereiche politischer Kommunikation“<sup>5</sup>, sehen wir somit die Aufgabe des Parlaments in der zur politischen Entscheidung hinführenden und diese legitimatorisch unterfütternden Verschränkung der verschiedenen Stränge politischer Kommunikation, dann liegt die Frage nahe, in welcher Weise die Parlamente die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erfüllung dieser Aufgabe nutzen und welche darüber hinausgehenden Nutzungsmöglichkeiten der heutige Stand der Technik zuließe.

## **2. Die europäischen Parlamente und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien**

### **2.1. Empirische Grundlagen**

Um den folgenden Ausführungen eine über punktuelle Beobachtungen hinausgehende empirische Grundlage zu schaffen und eine vergleichende

---

<sup>4</sup> Hättich, *Demokratie als Herrschaftsordnung* (1967), 85ff.

<sup>5</sup> Oberreuter, *Parlament und Öffentlichkeit*, in: *Langenbucher* (Hg.), *Politische Kommunikation* (1993), 97.

Betrachtung zu ermöglichen, die insbesondere dem Ziel dienen soll, bereits etablierte gemeinsame Standards herauszuarbeiten, hat der Verfasser im Oktober 2000 an die Verwaltungen des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und aller europäischen nationalen Parlamente einen Fragebogen ausgesandt, der von 35 Parlamenten rückübermittelt wurde.<sup>6</sup> Damit geht in die Auswertung ein mehr als repräsentatives Sample von 61,4 Prozent der europäischen Parlamente ein; während in den meisten Fällen die einzelnen Kammern bikameraler Parlamente über getrennte Verwaltungen und damit auch über unabhängig voneinander eingerichtete – oft sogar nach ganz unterschiedlichen Gestaltungskriterien angelegte – Websites verfügen, weshalb sie auch gesondert Eingang in die Auswertung finden, sind in jenen vier bikameralen Systemen, in denen gemeinsame Parlamentsverwaltungen bestehen<sup>7</sup>, auch für jeweils beide parlamentarischen Organe gemeinsame Websites eingerichtet worden, sodass in diesen Fällen auch nur jeweils ein Fragebogen versandt worden und für die Auswertung berücksichtigt worden ist.

## 2.2. Internet – Extranet – Intranet

Alle europäischen Parlamente nutzen das Internet und haben eigene Websites eingerichtet: so kann in kurzen Worten ein zentrales Ergebnis

---

<sup>6</sup> Europäisches Parlament; Parlamentarische Versammlung des Europarates; Andorra: Consell General; Belgien: Senat; Bulgarien: Volksversammlung; Dänemark: Folketing; Bundesrepublik Deutschland: Bundestag und Bundesrat; Estland: Riigikogu; Finnland: Eduskunta; Frankreich: Nationalversammlung und Senat; Griechenland: Vouli ton Ellinon; Island: Althingi; Israel: Knesset; Italien: Abgeordnetenkammer und Senat; Kroatien: Sabor; Lettland: Saeima; Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien: Versammlung der Republik; Norwegen: Storting; Österreich: Organe der Bundesgesetzgebung; Polen: Senat; Portugal: Versammlung der Republik; Russische Föderation: Föderationsrat; Schweden: Reichstag; Schweiz: Bundesversammlung; Spanien: Abgeordnetenkonkress und Senat; Tschechische Republik: Abgeordnetenkammer und Senat; Türkei: Große Nationalversammlung; Ukraine: Verchovna Rada; Vereinigtes Königreich: House of Commons; Zypern: Abgeordnetenhaus. Den Korrespondenten des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation sowie den für die Beantwortung des Fragebogens in den einzelnen Parlamenten jeweils verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen sei an dieser Stelle für ihre Kooperation herzlich gedankt. Besonderer Dank gilt *Aare Kasemets*, *Kristiina Jusson* und *Kait Oole* für den fruchtbaren Gedankenaustausch im Rahmen und am Rande einer vom estnischen Riigikogu am 1. November 2000 veranstalteten internationalen Konferenz, in deren Verlauf die Ergebnisse einer vorläufigen Auswertung der bis dahin rückgemittelten Fragebögen erstmals präsentiert worden sind.

<sup>7</sup> Irland, Norwegen, Österreich und Schweiz.

der Untersuchung wiedergegeben werden. Fast ebenso allgemein verbreitet ist die Verwendung von Intranet-Applikationen, die sich als immer wichtiger werdende Plattformen des internen Informationsmanagements und der internen Kommunikation der europäischen Parlamente und Parlamentsverwaltungen darstellen: Nicht weniger als 94,28 Prozent der untersuchten Parlamente haben solche Applikationen eingerichtet. Einstweilen noch viel weniger weit verbreitet sind demgegenüber Extranet-Applikationen, die dem Zweck der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Kommunikation zwischen Parlamenten und ihren Mitgliedern – insbesondere für die Zeit, in welcher sich diese in ihren jeweiligen Wahlkreisen aufhalten –, aber auch zwischen Parlamenten und Regierungsstellen dienen: Erst 28,57 Prozent der Parlamente bedienen sich eigener Extranet-Applikationen.

Einen Überblick über den Beginn des Einsatzes der erwähnten Instrumente gibt Tabelle 1 (Angaben in Prozent):

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Internet	2,86	-	-	22,86	42,86	11,43	17,14	-	-
Intranet	-	-	-	17,14	11,43	20,00	17,14	2,86	-
Extranet	-	-	-	-	-	8,57	2,86	8,57	5,71

Deutlich wird einerseits, dass die europäischen Parlamente das Internet im Jahr 1995 – also mit einer gewissen Zeitverzögerung gegenüber Einrichtungen der Wissenschaft und der Wirtschaft – zu nutzen begonnen haben<sup>8</sup> und das Jahr 1996 auf breiter Front den Durchbruch in der Anwendung dieses Mediums gebracht hat, andererseits, dass die Nutzung von Intranet-Applikationen gleichzeitig mit jener des Internets eingesetzt hat, aber ein wenig zeitverzögert vorangeschritten ist. Extranet-Applikationen schließlich werden seit 1997 eingesetzt, sind jedoch noch bei weitem nicht allgemeiner Standard und im übrigen zum Teil noch im Probetrieb. Im folgenden liegt der Fokus der Darstellung aus Platzgründen auf der Nutzung des Internets als der unter dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Transparenzfunktion wichtigsten Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Werden wir des Umstands gewahr, dass kaum mehr als ein halbes Jahrzehnt vergangen ist, seit die europäischen Parlamente begonnen ha-

<sup>8</sup> Die Nennung des Jahres 1992 für den Beginn der Internet-Nutzung durch das ukrainische Parlament bezieht sich ausschließlich auf die Nutzung von E-Mail als Kommunikationsinstrument.

ben, sich des Internets zu bedienen, dann wird der revolutionäre Charakter der Entwicklung, deren Zeugen wir werden, erst bewusst; die ungeheuren Datenmengen, die seither auf den Websites der Parlamente verfügbar gemacht worden sind, verstärken den Eindruck, dass damit auch eine neue Qualität zumindest in die Informationspolitik der Parlamente Einzug gehalten hat: Die Zahl der einzelnen Dateien, die auf einer parlamentarischen Website angeboten werden, reicht bis 350.000 (im Fall der italienischen Abgeordnetenversammlung), und selbst kleinere Parlamente (wie das dänische Folketing, welches 230.000 Dateien auf seiner Website versammelt hat, oder das österreichische Parlament, dessen Website 155.000 Dateien umfasst) stellen Mengen an Information zur Verfügung, die noch vor wenigen Jahren in Papierform die allgemeine Öffentlichkeit kaum zu erreichen vermocht hätten.

Auch die Frage, ob diese Informationsangebote die Öffentlichkeit tatsächlich erreichen, ist in zunehmendem Maße mit Ja zu beantworten. Soweit darüber statistische Angaben verfügbar sind, liegt die Zahl der „page views“ pro Woche in größeren Staaten, aber auch in jenen kleineren Staaten, in denen die Nutzungsdichte des Internets überdurchschnittlich hoch ist, zwischen 100.000 und 500.000. An der Spitze liegen hier die Website des Deutschen Bundestages mit rund 1,3 Mio. und jene der italienischen Abgeordnetenversammlung mit rund 1 Mio. „page views“ pro Woche; natürlich liegen die Websites von Parlamenten kleinerer Staaten in der Nutzungsfrequenz zurück, insbesondere jene der skandinavischen Staaten, in denen das Internet bereits zu einem der wichtigsten Kommunikationsmedien überhaupt geworden ist, erreichen jedoch sehr beachtliche Zahlen: so verzeichnet die Website des dänischen Folketing rund 250.000 „page views“ pro Woche. Die zu beobachtenden saisonalen Variationen hängen mit der zeitlichen Verteilung der parlamentarischen Arbeit zusammen und sind daher nicht anders zu erwarten; insgesamt wird jedoch allgemein eine steigende Tendenz in der Nutzung der Internet-Angebote der Parlamente durch die Öffentlichkeit konstatiert.

### **2.3. Die Inhalte der Internet-Angebote der Parlamente**

Eine thematisch strukturierte Übersicht über wesentliche „webcontents“, die von den europäischen Parlamenten der Öffentlichkeit angeboten werden, gibt Tabelle 2 (Angaben in Prozent):

Dokumente des parl. Verfahrens	Volltexte mit inhaltlicher Erschließung	37,14
Dokumente des parl. Verfahrens	Volltexte ohne inhaltliche Erschließung	65,71
	Fundstellen	37,14
	Redaktionell bearbeitete Kurzfassungen	11,42
Staatliche Rechtsvorschriften	Volltexte mit inhaltlicher Erschließung	17,14
	Volltexte ohne inhaltliche Erschließung	51,43
	Fundstellen	28,57
Konsolidierte Fassungen der staatlichen Rechtsvorschriften	Volltexte mit inhaltlicher Erschließung	11,42
	Volltexte ohne inhaltliche Erschließung	31,43
	Volltexte ausgewählter staatlicher Rechtsvorschriften mit besonderem Parlamentsbezug (Verfassung, Geschäftsordnung etc.)	48,57
Tagesordnungen	Plenarsitzungen	100
	Ausschusssitzungen	77,14
	Sonstige parl. Veranstaltungen	71,43
Live-Audio-Übertragungen	Plenarsitzungen	51,43
	Ausschusssitzungen	8,57
	Sonstige parl. Veranstaltungen	11,43
Live-Video-Übertragungen	Plenarsitzungen	42,86
	Ausschusssitzungen	11,43
	Sonstige parl. Veranstaltungen	20,00
Audioarchiv	Plenarsitzungen	28,57
	Ausschusssitzungen	8,57
	Sonstige parl. Veranstaltungen	2,86
Videoarchiv	Plenarsitzungen	25,71
	Ausschusssitzungen	-
	Sonstige parl. Veranstaltungen	2,86
Presseaussendungen der Parlamentsverwaltung		77,14
Biographische Informationen zu den einzelnen Parlamentariern		94,28
Informationen über die parl. Tätigkeit der einzelnen Parlamentarier		48,57
Informationen über Struktur und Funktion der parl. Organe		100
Informationen über die Parlamentsfunktionen im Kontext der Verfassungsordnung und des politischen Systems		85,71
Informationen zur historischen Entwicklung des Parlamentarismus		71,43

Informationen über die Struktur der Parlamentsverwaltung	77,14
Informationen über Informationsangebote und Dienstleistungen der Parlamentsverwaltung	68,57
Bestellservice für gedruckte Veröffentlichungen	25,71
Informationen zum Parlamentsgebäude	77,14
Virtueller Rundgang durch das Parlamentsgebäude	40,00
Interaktives Lernsystem zu Grundsatzfragen des Parlamentarismus	17,14
Spezielle Angebote für jugendliche Internetbenutzer	28,57
Spezielle Angebote für andere Ziel/Dialoggruppen	2,85
Online-Journal	25,71
Diskussionsforen	14,28
Newsgroups	5,71
IRC-Dienste	2,85
Push-Dienste	11,43
E-Mail-Dienste	82,86
Sonstiges	8,57

Den europäischen Parlamenten gemeinsame gesellschaftliche und politische Herausforderungen haben, wie die Auswertung zeigt, im Verein mit gemeinsamen technischen Standards zu einer konvergenten Entwicklung geführt, nämlich zur Herausbildung gemeinsamer inhaltlicher Standards für die Gestaltung parlamentarischer Websites. Die Inhalte dieser Websites lassen sich nach der Häufigkeit, mit der sie anzutreffen sind, in sechs Gruppen gliedern:

1. Zu den „musts“ parlamentarischer Websites, die auf 90-100 Prozent derselben zu finden sind, zählen Informationen über Struktur und Funktion der parlamentarischen Organe, die Tagesordnungen von Plenarsitzungen sowie, was aufgrund der Tatsache, dass Parlamente ihrem Wesen nach Kollegialorgane sind, wie auch angesichts des Interesses der Parlamentarier an persönlicher Präsenz in der Öffentlichkeit nicht überraschen kann, biographische Informationen über die einzelnen Parlamentarier.

2. Fast ebenso allgemeiner Standard, auf 80-90 Prozent der parlamentarischen Websites verfügbar, sind die Dokumente des parlamentarischen Verfahrens (allerdings unterschiedlich aufbereitet), weiters Informationen über die Parlamentsfunktionen im Kontext der jeweiligen Verfassungsordnung und/oder des politischen Systems sowie E-Mail-Dienste, die dabei sind, sich zum wichtigsten Medium der Zweiwegkommunikation zwischen Parlament und Bürgern zu entwickeln.

3. Weit verbreitete Inhalte parlamentarischer Websites, auf 70-80 Prozent derselben anzutreffen, sind die Texte der Presseaussendungen der Parlamentsverwaltung, Informationen über deren organisatorische Struktur, Informationen über das Parlamentsgebäude und die historische Entwicklung des parlamentarischen Systems, weiters die Tagesordnungen von Ausschusssitzungen und anderen parlamentarischen Veranstaltungen.

4. Immer noch mehr als die Hälfte, nämlich 50-70 Prozent der parlamentarischen Websites bieten die Texte staatlicher Rechtsvorschriften (wiederrum allerdings unterschiedlich gut aufbereitet), Informationen über Informationsangebote und Dienstleistungen der jeweiligen Parlamentsverwaltung sowie Live-Audio-Übertragungen von Plenarsitzungen.

5. Weniger häufig, nur in 30-50 Prozent der Fälle, werden auch Live-Video-Übertragungen von Plenarsitzungen, Informationen über die parlamentarische Tätigkeit der einzelnen Parlamentarier (die Diskrepanz zu den biographischen Informationen fällt ins Auge und dürfte wohl zumindest zum Teil mit den noch unzureichenden EDV-unterstützten parlamentarischen Dokumentationssystemen erklärbar sein) und virtuelle Rundgänge durch das Parlamentsgebäude angeboten.

6. Lediglich 10-30 Prozent der parlamentarischen Websites bieten Audio- und Videoarchive, Online-Journale, interaktive Lernsysteme, spezielle Angebote für jugendliche Internetbenutzer, Diskussionsforen und Push-Dienste.

Die Analyse der Häufigkeitsverteilung spezifischer Webinhalte zeigt somit, dass die Nutzung des Internets durch die europäischen Parlamente den Zugang zu traditionellen Formen parlamentarischer Information – wie Tagesordnungen, parlamentarischen Materialien und biographischen Daten von Parlamentariern sowie die bisher in Broschürenform vermittelten allgemeinen Informationen über das Parlament, seine Funktionen und Funktionsweisen – signifikant verbessert hat. Die interaktiven Kapazitäten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden demgegenüber nach wie vor weniger genutzt, mit der einen, allerdings nicht zu vernachlässigenden Ausnahme des Mediums E-Mail, das allein schon aufgrund der Erwartungen seiner Nutzer an die Antwortgeschwindigkeit die Kommunikationsverhältnisse zwischen Parlament und Bürgern zu verändern geeignet ist. Insgesamt überwiegt jedoch nach wie vor die Einwegkommunikation die Mehrwegkommunikation bei weitem, sehen die Parlamente ihre Verpflichtung zur Information der Bürgerinnen und Bürger weitaus vorrangig gegenüber dem Eintritt in einen Diskurs mit ihnen.

### 3. Entwicklungsperspektiven

Ein halbes Jahrzehnt nach Beginn der Nutzung des Internets durch die europäischen Parlamente erscheint es als zentrale Herausforderung, dieses Medium innovativ zu nutzen: nicht lediglich traditionelle Informations- und Kommunikationsinstrumente ins Netz zu transferieren, sondern die Möglichkeiten, welche die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für eine Individualisierung und Interaktivierung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern bieten, auch anzuwenden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die traditionellen Medien der parlamentarischen Transparenzfunktion, Verfahrensöffentlichkeit der Plenarsitzungen, schriftliche Dokumentation des parlamentarischen Verfahrens und Berichterstattung durch die Massenmedien, nicht ausreichen, um diese Funktion für eine partizipatorische Demokratie zu erfüllen. Über das Internet wird nun der Zugang schon zu diesen traditionellen Medien wesentlich vereinfacht: Audio- und Video-Übertragungen von Sitzungen, elektronisch verfügbare parlamentarische Materialien und Pressetexte erleichtern ihn für immer mehr Bürgerinnen und Bürger. Dennoch bleibt eine „Informationslücke“ zu schließen, die sich auftut, weil die Komplexität des parlamentarischen Verfahrens einerseits in Audio- und Videoübertragungen ebenso wie in den Verfahrensdokumenten ganz unvermittelt auftritt, andererseits aber in der massenmedialen Berichterstattung zumeist in unangemessen reduktionistischer Weise verkürzt wird. Dieser Lücke wird in Zukunft gleichermaßen mit intellektuellen wie auch mit technischen Mitteln zu begegnen sein: „abstracts“ von parlamentarischen Dokumenten werden ebenso deren vertieftem Verständnis dienen, wie interaktive Lernsysteme dem besseren Verständnis des Verfahrens, dem sie unterzogen werden; die Strukturierung der Dokumente mittels XML wird den Zugang zu ihnen ebenso vereinfachen wie die Individualisierung der parlamentarischen Informationspolitik durch SDI-Dienste, sei es etwa in Form von Push-Diensten unter Nutzung von E-Mail oder über individuelle Webportale. Die parlamentarische Kommunikationsfunktion wird sich gleichermaßen aktivierend wie responsiv zu verstehen haben und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur den individuellen Bedürfnissen gerecht werdenden Information der Bürgerinnen und Bürger und – unter Wahrung des der repräsentativen Demokratie immanenten Prinzips der Arbeitsteilung zwischen den Wählern und den zur kraft ihres freien Mandats zu treffenden politischen Entscheidung berufenen Gewählten – zu ihrer verstärkten Einbindung in den Prozess der politischen Willensbildung nutzen können.